

Die Politik der KPD nach 1945/Referat im studentischen Seminar „Deutsche Literatur nach 1945“ 1973/unveröffentlicht/Klaus Riepe

I. Die Voraussetzungen (ein Gespräch)

A. : Mich würde interessieren, welche Politik die KPD in den Westzonen nach 1945 trieb. Können Sie mir dazu etwas sagen?

B. : Ja wissen Sie, Sie fragen nach der Politik der KPD in den Westzonen, also der späteren BRD. Da fangen aber schon die ersten Schwierigkeiten an, denn erst 1948 stellte sich die KPD organisatorisch auf die unterschiedlichen Bedingungen in den Westzonen ein. Allerdings blieb auch noch danach die zentrale politische Forderung nach einer gesamtdeutschen Regierung erhalten. Ich erwähne das nur, um zu zeigen, daß von einer eigenständigen „Politik der KPD in den Westzonen“ kaum gesprochen werden kann.

A. : Halten Sie diese enge Verbindung, ja Identität für richtig?

B. : Nein, auf keinen Fall. Es ist sogar schwierig zu verstehen, wie eine kommunistische Partei derartig an den Realitäten vorbei gehen konnte.

A. : Wie kam es denn wohl zu dieser Blindheit?

B. : Um das zu erklären, muß ich etwas weiter ausholen. Erst einmal: Die Politik einer kommunistischen Partei muß anders beurteilt werden als die einer bürgerlichen. Die Kommunisten erheben ja den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit ihrer politischen Praxis. Diese Wissenschaftlichkeit kann nur begründet werden durch eine Klassenanalyse, die wiederum die genaue Kenntnis der politischen Ökonomie eines Landes voraussetzt. Dadurch ist jedes rein pragmatische, prinzipienlose Reagieren auf die Situation ausgeschlossen. Das hat natürlich seine eminent guten Seiten, impliziert aber auch Gefahren - nämlich dann, wenn aus irgendeinem Grund die analytische Fähigkeit der Partei nachläßt. Dann ist es möglich, daß an die Stelle von Wissenschaftlichkeit und Elastizität Starrheit und Schematismus treten - wirklich tödliche Gefahren für eine revolutionäre Kampforganisation.

A. : Und Sie meinen, die Blindheit sei zurückzuführen gewesen auf diese - wie Sie es nennen - tödlichen Gefahren?

B. : Ja, das meine ich. Ich will allerdings hier nicht versuchen, die Hintergründe aufzuzeigen. Dazu wäre es notwendig, einmal einzugehen auf den internationalen Klassenkampf vor und nach dem II. Weltkrieg, zum andern auf die Geschichte der kommunistischen Parteien, vor allem der KPdSU. Das würde aber den hier gegebenen Rahmen bei weitem überschreiten. Aber die Phänomene lassen sich auch so nachweisen. Ich werde mich in meiner Argumentation hauptsächlich auf die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (in Zukunft GddA) stützen. Da eine umfassende Selbstkritik der KPD bisher ausgeblieben ist, waren die Autoren scheinbar gezwungen, die offensichtlichen Fehler zu retuschieren. Das hat sich dann in der Darstellung in Form von Widersprüchen und Brüchen niedergeschlagen.

A. : Sie sprachen vorhin vom Unterschied zwischen kommunistischer Politik und der Politik bürgerlicher Parteien. Wie drückt sich denn dieser Unterschied aus?

B. : Ausdruck dieses Unterschieds ist vor allem die zentrale Bedeutung des Programms bei der KPD. Das Programm oder die entsprechenden programmatischen Äußerungen stellen die

Grundlage der politischen Aktivität dar, in ihre Erarbeitung sollte der höchste Wissensstand einfließen.

A. : Sie wollen sagen, daß die praktische Politik abzuleiten sein muß aus der Programmatik, und daß eine Veränderung der Situation über eine neue Analyse zu einer Neukonzipierung des Programms zu führen hat?

B. : Genau. Das verstehe ich unter Elastizität.

A. : Und Sie machen dann wohl der KPD den Vorwurf der Starrheit? Warum?

B. : Da müssen wir uns zuerst einmal die Einschätzung der Situation ansehen, wie sie damals von der KPD vorgenommen wurde. Ausgangspunkt war die Brüsseler und Berner Konferenz. Dort hatte man versucht, die theoretischen Ergebnisse des VII. Weltkongresses für den Kampf gegen den Faschismus in Deutschland zu verwerten. Die dort erarbeitete Strategie bezog sich also auf einen Kampf gegen einen sehr lebendigen Faschismus. Erst diese Voraussetzung macht die abgeleitete Bündnispolitik und die angenommenen Etappen des Klassenkampfes verständlich. Laut GddA (S. 28) sind diese Konzeptionen dann unter Berücksichtigung der Vorstellungen der alliierten Mächte für ein nachfaschistisches Deutschland modifiziert worden. Tatsächlich spielte es nachher eine große Rolle, daß die Planer von einer weitgehenden Einheitlichkeit der Vorstellungen der Alliierten ausgingen. Da die Sowjetunion zu jener Zeit die maßgebliche Kraft innerhalb der sozialistischen Weltbewegung war (theoretisch und praktisch), scheint die Rolle und Funktion der sog. westlichen Demokratien von dieser Seite her falsch beurteilt worden zu sein. Die Sowjetunion sprach während des Krieges von den „fortschrittlichen Demokratien des Westens“. Es ist klar, daß sich von diesem Standpunkt aus Fehlkalkulationen für die KPD ergeben mußten. Es gibt in diesem Zusammenhang noch weitere Merkwürdigkeiten. Man nahm eine Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses an: Der Sozialismus habe im Laufe des Krieges über den Kapitalismus bewiesen, eine revolutionäre Welle breite sich über ganz Europa aus. Das traf natürlich nicht zu. Sicher gab es Massenbewegungen in Frankreich und Italien, die aus dem Widerstand hervordrewen. Aber einmal hatten die vom Faschismus nicht unterworfenen Staaten - England und die USA - ihre Konsistenz erhalten, ja die imperialistische Hauptmacht USA hatte ihre wirtschaftliche und politische Macht noch verstärkt, zum andern lösten sich die Widerstandsbewegungen nach dem Verschwinden des Hauptgegners auf und die alten Zänkereien begannen wieder. Von einem Beweis der Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus konnte auch keine Rede sein, denn sehr viele Menschen sahen im Faschismus kein Produkt des Kapitalismus, sondern eine pathologische Erscheinung oder einen Betriebsunfall. Die Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses kann also nur als falsch bezeichnet werden. Von daher ist es nicht verwunderlich, wenn mit vollem Ernst gesagt wird: „Die Kommunisten und mit ihnen alle aufrechten Antifaschisten machten nicht die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen zum Ausgangspunkt ihrer Politik, sondern den Gedanken der demokratischen Erneuerung in ganz Deutschland, den Kampf um die einheitliche demokratische Republik.“ (GddA S. 29)

seine
Überlegenheit =

A. : Was ist daran auszusetzen?

B. : Ich frage Sie: Wie kann denn eine kommunistische Partei in ihren Überlegungen von den realen Bedingungen absehen? Wie kann sie eine „einheitliche demokratische Republik“ an den Bedingungen vorbei anstreben? Da spielte wieder die Fehleinschätzung hinein. Die KPD nahm einfach an, die Kampfbedingungen in den Besatzungszonen würden sich weitgehend gleich gestalten (prinzipielle Unterstützung durch die Besatzungsmächte) und seien daher, was die Aufteilung als solche anbetraf, zu vernachlässigen. Dieser Mangel wird dann in der GddA so

legitimiert: „Allerdings wurde die Rolle der imperialistische Besatzungspolitik nicht sofort offenkundig. Die Tatsache, daß der Krieg den Charakter eines antifaschistischen Befreiungskrieges angenommen hatte, wirkte auch auf die erste Phase der Nachkriegsentwicklung ein. Die imperialistische Reaktion brauchte eine Übergangsetappe, um den Zorn der Völker gegen den deutschen Imperialismus zum Abklingen zu bringen und ihre Wachsamkeit einzuschläfern.“ (GddA S. 26) Das Interpretationsschema ist stimmig, aber ein reiner Mythos: Ausgehend vom Zorn der Völker gegen den deutschen Imperialismus wird der Verteidigungskampf imperialistischer Staaten gegen andere, die nicht weniger imperialistisch waren - es handelte sich eigentlich um einen Konkurrenzkampf - hochstilisiert zu einem antifaschistischen Befreiungskrieg. Imperialistische Staaten führen also einen Krieg gegen imperialistische Staaten, gestützt auf den Zorn der Völker gegen den deutschen Imperialismus. Begreife, wer kann! Bei einem derartigen theoretischen Durcheinander konnte allerdings die Rolle der imperialistischen Besatzungspolitik nicht sofort offenkundig werden.

A. : Sie haben bis jetzt klar gemacht, daß die Einschätzung der Randbedingungen des Klassenkampfes durch die KPD an den Realitäten vorbei ging. Wie stellte man sich denn den Klassenkampf innerhalb Deutschlands vor?

B. : Da sollten wir uns zuerst die Klassenanalyse vornehmen. Mit ihr geht die KPD nicht über die Brüsseler und Berner Konferenz hinaus. Eine Modifikation findet also nicht statt. Der Hauptstoß richtet sich weiterhin gegen Nazismus und Militarismus als barbarische Auswüchse des Imperialismus, also gegen Monopolbourgeoisie und Junkertum. Der Angriff hätte eine außerordentlich geschwächten Gegner getroffen, praktisch einen Schatten, denn es bestand kein zentraler Machtapparat mehr. Zudem war die wirtschaftliche Grundlage erschüttert. Tatsächlich existierte die Bourgeoisie als Klassegegner im eigentlichen Sinne nicht mehr. Ihre Funktion wurde von den westlichen Besatzungsmächten wahrgenommen, die - wie schon gesagt - nicht in das Kalkül der Kommunisten eingingen. Hätte die Partei die Besatzungsmächte mit in die Klassenanalyse hineingenommen, dann hätte sich der Hauptstoß gegen sie richten müssen. Die GddA versucht das zu verschleiern:

„Die Hoffnungen der Monopolisten und Junker richteten sich naturgemäß auf die imperialistischen Westmächte, mit denen sie klassenmäßig verbunden waren.“ (S. 30 /

„Zur Verwirklichung ihrer Ziele brauchten Monopolbourgeoisie und Junkertum Bundesgenossen, die über Macht verfügten.“ (S. 31)

Nicht die Hoffnungen und Ziele der Monopolisten und Junker waren damals in Wirklichkeit relevant, sondern das Verhalten der sog. Bundesgenossen. Der Begriff „Bundesgenosse“ täuscht nämlich über den eigentlichen Sachverhalt hinweg. Die Besatzungsmächte waren siegreiche Konkurrenten, die in den Westzonen eine Kolonialpolitik betrieben. Dabei benutzten sie die Ex-Monopolisten als Administratoren und Fachleute, die im Interesse der Besatzer die Produktion wieder in Gang bringen und leiten sollten. Von einer irgendwie gearteten Gleichrangigkeit in dieser ersten Phase (bis 1948) konnte also nicht die Rede sein. Sicherlich gab es eine Zusammenarbeit. Die wurde aber ganz eindeutig durch die Besatzungsmächte bestimmt. Hier wird noch einmal die ganze Schwäche der Behauptung deutlich, die Rolle der imperialistischen Besatzungspolitik sei nicht sofort offenkundig gewesen.

A. : Das ist natürlich ein schwerer Vorwurf. Es scheint mir fast eine Todsünde für eine kommunistische Partei zu sein, nicht gegen den richtigen Gegner zu kämpfen.

B. : Genau. Vor allem, wenn man die Konsequenzen für die Klassenanalyse und den praktischen Klassenkampf berücksichtigt. Denn von der Art des Gegners hängt entscheidend die Gruppierung der eigenen Kräfte, die Strategie und die Art der Kampfführung ab.

A. : Sind Sie denn der Ansicht, daß der antifaschistisch-demokratische Kampf nicht notwendig gewesen sei?

B. : Ich glaube schon, daß er notwendig war. Aber er reichte nicht mehr aus. Er mußte geführt werden, weil Reste des deutschen Faschismus und Militarismus noch existierten. Nur: Der Hauptgegner wurde nicht durch den Faschismus repräsentiert. Die Monopolbourgeoisie hatte ihre Taktik geändert und war auf diesem Wege nicht mehr entscheidend zu treffen.

A. : Wie sah die KPD den die Rolle der Arbeiterklasse?

B. : Die Einschätzung der Arbeiterklasse ist etwas zwiespältig. Auf der einen Seite wird festgestellt, daß die Kraft, die die Aufgabe habe auf sich nehmen müssen, eine Wiederholung der Politik der imperialistischen Reaktion zu verhindern, die Arbeiterklasse gewesen sei: „Die Kraft, die die Aufgabe auf sich nehmen mußte, eine Wiederholung der verhängnisvollen Politik der imperialistischen Reaktion zu verhindern, war die deutsche Arbeiterklasse. Sie hatte keinen Anteil an der faschistischen Gewaltherrschaft gehabt.“ (GddA S. 33)

Auf der anderen Seite wird behauptet, der Antikommunismus sei in die Arbeiterklasse eingedrungen; es sei Unzufriedenheit vorhanden gewesen, aber keine Bereitschaft zur Anerkennung der Verantwortung:

„Die Mehrheit der Arbeiterklasse betrachtete sich zunächst ebenso wie die anderen Klassen als besiegt. Nur langsam wurde ihr klar, daß die Niederlage des Hitlerstaats ihrem klassenmäßigen Wesen nach einen Sieg für die Arbeiterklasse darstellte.“ (GddA S. 34)

Die eher pessimistische Äußerungen sind wahrscheinlich weit zutreffender. Die Arbeiterklasse war keineswegs „rein“ aus dem Faschismus hervor gegangen. Darauf deutet ja auch hin, daß es keine breitere revolutionäre Aktivität während des „Dritten Reiches“ gab. Allerdings: Wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse sich als besiegt betrachtete, so war das gar nicht so unrichtig. Denn zumindest für die Westzonen bedeutete die Zeit der Besatzung koloniale Ausbeutung. Der Lebensstandard sank weit unter das Niveau der Vorkriegszeit, und von Freiheit und Demokratie für die Arbeiter konnte auch keine Rede sein. Wer wird ihnen da das Gefühl der Niederlage und die Resignation verdenken wollen? Die Umerziehung im Geiste der kämpferischen Demokratie (GddA S. 32) konnte unter diesen Umständen wahrlich nicht gelingen. Übrigens, wenn von Umerziehung gesprochen wird, macht das indirekt die eigentliche Konzeption der KPD für die Nachkriegszeit deutlich. Nicht Klassenkampf stand auf der Tagesordnung, sondern Pädagogik, die als Klassenkampf ausgegeben wurde. Das leuchtet ein, wenn man die Voraussetzungen berücksichtigt, von denen die KPD ausging. Und die erwiesen sich als falsch. Die KPD war also nicht die Partei, die mit ihrer revolutionären Pädagogik und dem antifaschistisch-demokratischen Kampf der Arbeiterklasse eine richtige Perspektive geben konnte, genau genommen wirkte sie vielmehr desorientierend.

Weiterhin taucht in der Analyse keine reale Arbeiterklasse in ihrer ganzen Differenziertheit auf, die zudem noch in das faschistische System verwoben war, sondern eine mythologisierte, „reine“ Arbeiterklasse mit antifaschistischem Bewußtsein. Indem die KPD sich nicht zur Aufgabe der Klischees entschließen konnte, mußte das notwendig zu einem Versagen gegenüber den realen Anforderungen führen und zur Isolation.

A. : Das sind schlimme Nachrichten. Wie hat die KPD denn die Rolle der anderen Schichten gesehen?

B. : Ich gehe aus von einem Zitat aus der GddA (S. 35):

„Die Geschichte hatte jedoch auch gelehrt, daß die Arbeiterklasse allein nicht siegen kann. Ihre Niederlage in den Klassenkämpfen der vergangenen Jahrzehnte folgten nicht zuletzt daraus, daß es der Monopolbourgeoisie gelungen war, die Arbeiterklasse von den anderen Schichten zu trennen.“

Es ging nun tatsächlich nicht um die banale Feststellung, daß die Arbeiterklasse allein nicht siegen kann, sondern um eine Klärung der Klasseninteressen, die sich ja im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung wandeln, und auf diesem Hintergrund um eine Beurteilung der wahrscheinlichen Dynamik der Klassenkämpfe und der sich verändernden politischen Beziehungen der Bündnispartner zueinander. Da das nicht geleistet wurde, kann es dazu kommen, daß die Niederlage der Arbeiterklasse gegen den Faschismus z.B. zurück geführt wird darauf, daß es der Bourgeoisie gelungen sei, die Arbeiter zu isolieren. Die wahre Ursache dieser Niederlage ist wohl eher darin zu sehen, daß die Arbeiter keinen einheitlichen Kampf führten. Nicht zuletzt wurde diese Einheit aber durch die KPD und ihren langjährigen irrsinnigen Kampf gegen den „Sozialfaschismus“ der SPD erschwert. Die fehlende Aktionseinheit hauptsächlich erlaubte es der Bourgeoisie, das schwankende Kleinbürgertum über die faschistische Bewegung auf ihre Seite zu ziehen. Hier, in der GddA, werden diese Erfahrungen aber nicht berücksichtigt. Vielmehr erklärt man einfach alle möglichen Schichten zu potentiellen Bündnispartnern, ohne die genauen Bedingungen solcher Bündnisse zu formulieren, und stellt schließlich ganz erstaunt und resigniert fest:

lw „Durch das spontane Wirken der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus wurde immer wieder ein Keil zwischen die in vieler Hinsicht einem gemeinsamen Ziel zustrebenden Schichten des Volkes getrieben.“ (GddA S. 37) Oh heiliger Marx! Da erübrigt sich jeder Kommentar.

II. Kurze Untersuchung und Einschätzung

Der Aufruf vom 2. Juni 1945

Der Aufruf wird zur Grundlage der Politik der KPD in den ersten beiden Nachkriegsjahren. „Die KPD stand also vor der Aufgabe, alle an einer demokratischen Wiedergeburt Deutschlands interessierten Schichten der Bevölkerung für ihr Programm zu gewinnen. Sie löste diese Aufgabe, indem sie allen friedlichen Deutschen ein gemeinsames Ziel setzte: Errichtung einer einheitlichen, friedliebenden, antifaschistisch-demokratischen deutschen Republik ... Die Parteiführung der KPD und das Politbüro des Zentralkomitees der KPdSU (B) stimmten darin überein, daß es, wie der Aufruf hervorhob - falsch gewesen wäre, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen!“ (GddA S. 38)

Es war natürlich nicht Aufgabe der KPD, die genannten Schichten abstrakt für ihr Programm zu gewinnen, sondern als Avantgarde des Proletariats einen revolutionären Klassenkampf zu führen. Das schließt den Kampf für eine antifaschistische Demokratie nicht aus. Die Aufgabe kann durch die Setzung eines gemeinsamen Ziels nicht als gelöst gelten. Es wäre vielmehr darauf angekommen, die Bedingungen heraus zu arbeiten, unter denen ein solches Ziel überhaupt hätte erreicht werden können. Diese Bedingungen hatten sich doch für die Westzonen nach dem Krieg stark gewandelt. Diese erneute Analyse ist, wie schon gesagt, nicht geleistet worden. Das wird auch von der GddA indirekt zugegeben:

„Trotz der unterschiedlichen Kampfbedingungen in den einzelnen Besatzungszonen verfolgte die KPD das Ziel, ganz Deutschland auf den Weg einer friedlichen und demokratischen Entwicklung zu führen. Sie wollte die notwendige Auseinandersetzung zwischen den friedliebenden Volksmassen und der imperialistischen Reaktion im offenen - wenn auch langwierigen - demokratischen Kampf austragen und durch die Vernichtung von Faschismus, Militarismus und Imperialismus in ganz Deutschland die demokratische Einheit der Nation sichern.“ (GddA S. 43)

Kurz, man hatte sich eingestellt auf einen Kampf unter günstigsten Bedingungen. Wenn wir davon ausgehen, daß diese Bewertung später enttäuscht wurde, ergeben sich einige Probleme. Z. B. stellt sich die Frage, ob die Ackermann-Linie damals richtig war. Wenn von „Sowjetsystem“ gesprochen wird, ist ja wohl die Diktatur des Proletariats gemeint, obwohl diese Äquivalenz eigentlich nicht zutrifft. Die Frage lautet also: Stand damals die Diktatur des Proletariats auf der Tagesordnung oder nicht? Die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten

werden heute häufig übergangen, indem man nicht mehr streng zwischen Sozialismus und Diktatur des Proletariats unterscheidet. Es wird dann behauptet, der Sozialismus habe nicht auf der Tagesordnung gestanden. Doch war die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende zu führen, waren Imperialismus und Militarismus zu vernichten, war eine antifaschistisch-demokratische Ordnung überhaupt denkbar ohne Diktatur des Proletariats? Die Geschichte hat sich dann für die Diktatur des Proletariats entschieden.

↳ in fratzenhafter Form

Vereinigung der Arbeiterparteien

Eine weitere zentrale Forderung der KPD in jener Zeit war die Einheitspartei. Auch diese Forderung ist nur zu verstehen auf dem Hintergrund der Analyse der Kampfbedingungen unter dem Faschismus, wobei die KPD davon ausging, daß durch die offensichtliche und fühlbare Unterdrückung der Arbeiterklasse quasi spontan der Reformismus und Opportunismus der Arbeiterklasse verschwinden würden. Nach dem Krieg erwies sich diese Einschätzung in den Westzonen als anachronistisch. Die Anwesenheit der westlichen Besatzungsmächte machte das Konzept der Einheitspartei von vornherein zur Utopie. Diese griffen immer wieder im Interesse der einheitsfeindlichen Kräfte ein. Es gab wohl zu Beginn eine ganze Reihe von Aktionsabkommen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Aber einmal besagt diese Zusammenarbeit angesichts praktischer Probleme noch nicht viel - eine Einheitspartei würde einen weitgehend gleichen politischen Willen voraussetzen -, zum andern gelang es der Schumacher-Clique sehr schnell, eine Erweiterung der Zusammenarbeit auch auf politischer Ebene zu unterdrücken, als sich herausstellte, daß die Besatzungsmächte eine solche Tendenz nicht unterstützen würden. Die Gründung der SED änderte an dieser Situation kaum etwas. Es kam wohl zu Massenkundgebungen, aber schließlich wurde die Organisation der SED ohne weiteres von den Besatzungsmächten verboten. Das ganze Bemühen um eine Einheitspartei erwies sich also als vollkommen fruchtlos. Notwendig wäre vielmehr gewesen die Isolierung der reformistischen und opportunistischen sozialdemokratischen Führer (die Möglichkeiten waren damals in weit höherem Maße gegeben als heute), der scharfe Kampf gegen diese Strömungen und die Stärkung der Kommunisten Partei, gestützt auf die Sympathien der Mehrheit der Produktionsarbeiter in vielen Industriezentren.

2. Phase: Kampf für die demokratische Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden (1947/48)

In dieser Phase spielt sich die Aktivität der KPD auf zwei Ebenen ab. Die erste ist die Ebene der sozialen Kämpfe in den Westzonen. In den Jahren 1946/47 entfaltete sich eine Massenbewegung gegen die unerträglichen sozialen Verhältnisse und für eine demokratische Umgestaltung der Macht- und Besitzverhältnisse. Im Herbst 1946 kommt es zu einem Aufschwung des Massenkampfes mit zahlreichen Streiks und Demonstrationen. Im Anschluß daran veröffentlicht die KPD einen Gesetzentwurf zur Enteignung der Stein- und Braunkohlegruben in NRW. Einen Höhepunkt stellen die Aktionen in Hessen während der Auseinandersetzung um den Artikel 41 der Landesverfassung dar. Es ließen sich in diesem Zusammenhang noch eine ganze Reihe anderer Daten anführen. Die GdDA bemerkt dazu lakonisch:

„Das Eingreifen der Besatzungsmächte und die desorientierend wirkende Haltung der SPD-Führung verhinderten die Entmachtung des Monopolkapitals.“ (S. 217)

In diesen Kämpfen gelang es den Kommunisten, ihren Masseneinfluß zu verstärken und sich teilweise an die Spitze der Bewegung zu stellen. Diese Erfolge wurden dann weitgehend neutralisiert durch die zweite Ebene des politischen Kampfes für die Einheit der Nation. Nachdem die KPD eingeschätzt hatte, daß die Westmächte Kurs auf die Bildung eines „westdeutschen Separatstaates“ nehmen würden, proklamierte sie den Übergang vom „nationalen Protest“ zur „nationalen Selbsthilfe“, gestützt auf das 1948 erarbeitete Programm

der nationalen Bewegung für Einheit und gerechten Frieden. Sie behauptete, jetzt stünden „die echten nationalen Probleme“ auf der Tagesordnung. Die Volkskongreßbewegung wurde initiiert. Ulbricht stellte auf dem 2. Deutschen Volkskongreß 1948 dem Marshall-Plan den Aufstieg aus eigener Kraft entgegen.

„Der Kongreß wandte sich gegen den Marshall-Plan. Er forderte die Enteignung der Betriebe der Konzernherren und eine demokratische Bodenreform in den Westzonen als Voraussetzung dafür, daß die Arbeit des Volkes ihm selbst und dem Frieden dient.“ (GddA S. 241)

Sehen wir uns diese beiden Ebenen der Aktivität an, so finden wir, daß es kaum zu einer Verbindung kam. Das wird auch zugegeben:

„Der unmittelbare Zusammenhang des Kampfes um Lohn und Brot, um Mitbestimmung und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien mit dem Ringen um die Sicherung des Friedens und der demokratischen Einheit Deutschlands wurde von der Mehrzahl der Werktätigen nicht genügend erkannt.“ (GddA S. 227)

„Wenn es auch - von Einzelfällen abgesehen - zu keiner bewußten Verknüpfung der Streikforderungen mit den Zielen der Volkskongreßbewegung kam, so war doch die inhaltliche Übereinstimmung der Ziele dieser beiden Ströme des Volkskampfes gegeben. Es gelang jedoch nicht, eine einheitliche machtvolle Bewegung zu schaffen und antifaschistisch-demokratische Verhältnisse in den Westzonen zu erzwingen.“ (GddA S. 243)

„Die Wahlergebnisse zeigten aber auch (April 1947), daß nicht alle Werktätigen, die in den Betrieben und bei den Massenaktionen den Appellen der KPD zum Kampf um die Sicherung der sozialen Rechte und zur Verbesserung der Lebenshaltung der Werktätigen folgten, schon bereit waren, dieser Partei auch bei den Wahlen zu den Länderparlamenten ihre Stimme zu geben.“ (GddA S. 218)

„Der Generalstreik in der Bizone (12. September 1948) bekundete die Kraft und Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, mit der die Reaktion ständig rechnen mußte. Die Schwäche der Bewegung lag jedoch darin, daß sie nicht mit dem Kampf für die einheitliche antifaschistisch-demokratische Republik unmittelbar verbunden war.“ (GddA S. 300)
Nur wird nicht versucht, die Gründe für dieses fortlaufende Scheitern aufzufinden. Grundlage einer kritischen Analyse könnte folgende Bemerkung sein:

„Unter den neuen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten änderte sich der Charakter der Klassenkämpfe in den Westzonen. Bis dahin hatte sich die Bewegung gegen die Grundlage der alten Ordnung gerichtet, diente sie mehr oder weniger bewußt dem Ziele, durch eine grundlegende sozialökonomische Umgestaltung antifaschistisch-demokratische Verhältnisse in den Westzonen zu schaffen und damit eine einheitliche Entwicklung in ganz Deutschland zu fördern. Jetzt fanden die Kämpfe bereits auf dem Boden der schon weit fortgeschrittenen Restauration der alten monopolkapitalistischen Verhältnisse statt. In den Vordergrund trat nun vor allem die Bewegung für höhere Löhne, für bessere Sozialgesetzgebung und um größeres Mitbestimmungsrecht.“ (GddA S. 297)

Es ist klar: Die politischen Losungen der KPD hinkten hinter der realen Entfaltung der Klassenkämpfe her. Eine Verbindung von sozialem und politischem Kampf konnte der Partei gar nicht gelingen. Es hätte einer genauen Analyse der neuen Situation, einer schnellen Einstellung auf eine eigenständige kommunistische Politik in den Westzonen bedurft, um hier noch etwas zu retten. Dann hätte die KPD aber auch den sich herausbildenden „westdeutschen Separatstaat“ als ein existierendes Gebilde anerkennen und einsehen müssen, daß die nationale Einheit nicht auf der Tagesordnung stand. Was aber tat die KPD? Wir erleben hier den Beginn einer historischen Farce, die sich bis 1956 hinzog. Die KPD verschloß die Augen vor der Realität und warf sich ganz in den Einheitskampf.

3. Phase: Herausbildung der „Nationalen Front“ (1948/49)

Die dritte Phase begann mit einer verstärkten Aktivität der Volkskongreßbewegung. Diese wandte sich wiederholt an die politischen Vertretungen der westdeutschen Bevölkerung, „um der Gefahr der staatlichen Zerreißung Deutschlands doch noch zu begegnen“.

Die GddA bemerkt dazu:

„Es hätte noch Möglichkeiten gegeben, eine wirklich ganz Deutschland umfassende Bewegung gegen die Spaltungspolitik der Westmächte ins Leben zu rufen, wenn von allen Parteien und politischen Organisationen das nationale Interesse in den Vordergrund gestellt worden wäre.“ (S. 324)

Dazu ist nichts weiter zu sagen.

Die Einschätzung der potentiellen Bündnispartner veränderte sich:

„Viele ehemalige Mitläufer der Nazipartei hatten sich vom Faschismus distanziert und in ehrlicher Arbeit ihre Schuld zu tilgen versucht.“

„Bereits die Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongreß widerspiegeln, daß angesichts der Gefährdung der deutschen Nation so manches ehemalige Mitglied der NSDAP seine patriotische Verantwortung erkannte und danach handelte.“ (Beide Zitate S. 330)

„Die neue Lage erforderte den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte des deutschen Volkes, einschließlich national gesinnter Teile der Bourgeoisie sowie der früheren Mitglieder der Nazipartei, ehemaliger Beamter, Angehöriger und Offiziere der Wehrmacht, soweit sie sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hatten.“ (S. 343)

Mit dieser forciert nationalen Linie zog die KPD wie ein aufrechter Don Quichote in den Wahlkampf 1949:

„Allein die KPD trat konsequent gegen gefährliche Illusionen auf. Sie hob in ihrem Wahlkampf hervor, daß die Entscheidung darum gehe, ob die nationale Einheit Deutschlands wiederhergestellt oder ob Deutschland endgültig gespalten werden soll.“ (GddA S. 337)

„Von der Demagogie der bürgerlichen Parteien irreführt, von der antikommunistischen Hetze beeindruckt, übersahen viele Menschen in Westdeutschland die von der KPD aufgezeigten verhängnisvollen Folgen der Westpolitik.“ (GddA S. 338)

„Das Wahlergebnis und die Bildung der obersten Organe des westdeutschen Staates erleichterten es den herrschenden Kreisen, ihre Politik der Spaltung Deutschlands weiter zu führen und die Einbeziehung Westdeutschlands in das aggressive imperialistische Paktsystem vorzubereiten. Das Wahlergebnis wurde als Legitimation für die antinationale Politik des Bonner Staates benutzt.“ (GddA S. 339)

Wie reagierte die KPD auf diese Niederlage? Sie verrannte sich noch weiter in die nationale Sackgasse. Die „Nationale Front“ wurde proklamiert, die Analyse, die 1945 htte geleistet werden müssen, jetzt teilweise nachgeholt. Nur hatte sie jetzt jegliche Aktualität verloren, da die Westmächte gerade dazu übergingen, die BRD als eigenständigen Partner aufzubauen. Die Schuld an dieser Wahniederlage wurde jedoch nicht in dem weniger zugkräftigen Programm und in der immer stärkeren Isolierung der KPD von der Bevölkerung gesucht, sondern als „eine bedeutende Fehlentscheidung der westdeutschen Whler“ bezeichnet. „Die Bevölkerung wählte gegen ihre eigenen Lebensinteressen“, wobei der Wahlausgang in seiner Bedeutung eine gewisse Ähnlichkeit mit der Fehlentscheidung der Whler im Jahre 1932 gezeigt habe (1).

Wesentlich zu dieser Fehlentscheidung beigetragen hatte nach Ansicht der KPD die „verderbliche Politik der rechten SPD-Führung“, die in der „Hetze gegen die Sowjetunion und die KP mit an der Spitze stand“. Drei weitere Gründe für den Wahlausgang wurden jedoch auch in der Politik der KPD selbst gefunden: Unklarheiten in der nationalen Politik, das Verhältnis zur Sowjetunion und zur sowjetischen Politik in der SBZ, das Verhältnis der KPD zur SPD. Reimann versuchte im Laufe seines Referats auf der 13. PV-Tagung darzulegen, daß auf „den westdeutschen Staat die wesentlichen Merkmale einer Kolonie zutreffen“. Für die Politik der KPD in der nationalen Frage müsse sich daraus ergeben, daß der Kampf der KPD in erster Linie ein Kampf um nationale Befreiung ist, der jedoch gleichzeitig auch Klassenkampf sein muß. Da die wahren Interessen der Nation mit denen der Arbeiterklasse identisch seien, die Interessen der Arbeiterklasse aber in Wirklichkeit nur von der KPD vertreten würden, könne

nur die KPD eine wahrhaft nationale Politik führen. Zur Durchführung der nationalen Politik müsse die KPD die Arbeit der „Nationalen Front“ unterstützen. Reimann bezeichnete die „Nationale Front“ als „eine Volksbewegung, eine Sammlung aller Kräfte im deutschen Volk, die bereit sind, für die folgenden drei Forderungen zu kämpfen: Einheit Deutschlands, gerechter Friedensvertrag, Abzug aller Besatzungstruppen“ (2). Auf der Basis dieser drei Forderungen müsse die KPD selbst Bündnisse mit der Bourgeoisie und „Nichtdemokraten“ eingehen. (3)

Der bürgerliche Historiker Hans Kluth kommentiert das so:

„Das Betonen des nationalen Selbstbestimmungsrechtes und das Herausstellen nationaler Phrasen im Rahmen der ‘Nationalen Front’ sollte offensichtlich dazu dienen, die Isolierung der KPD, die ihr zweifellos auch selbst ^H ~~besetzt~~ _{bewußt} gewesen sein muß, zu überwinden und weitere Kreise der Bevölkerung mit ihrem Programm anzusprechen. In merkwürdigem Gegensatz zu dem geforderten Kampf um nationale Unabhängigkeit steht der zweite Punkt, über den ‘in der Partei restlose Klarheit’ geschaffen werden muß. Bis in die Partei hinein waren ‘klassenfeindliche Auffassungen’ gedungen, welche die Identifizierung der Politik der KPD mit der Politik der UdSSR für die Wahlniederlage der KPD verantwortlich machten. Reimann stellte dem die Ansicht der Parteiführung gegenüber: ‘Jede Abgrenzung von der Politik der Sowjetunion, jede Duldung von Ausflüchten im Bekenntnis zur Sowjetunion und ihrer Politik führt unvermeidlich in das Lager des Imperialismus. Wir müssen hier offen aussprechen, daß wir in unserer Partei einen völlig ungenügenden Kampf gegen die klassenfeindlichen trotzkistischen Auffassungen der Tito-Clique geführt haben’ (4)

Die KPD forderte zwar den nationalen Kampf gegen die einheimischen Bourgeoisie und die westlichen „imperialistischen Mächte“, die Verteidigung nationaler Belange durfte jedoch nicht mit den außenpolitischen Interessen der Sowjetunion kollidieren. Eine Forderung, die kaum große Aussicht auf Werbekraft hatte in einer Zeit, in der die Fragen der Reparationen und der Kriegsgefangenen in erster Linie an die Sowjetunion gestellt wurden. (5)

Und er hat recht!

Die KPD hatte sich noch einmal in verschärfter Form zum Anachronismus degradiert. In der Folgezeit verlor sie jede Bedeutung, obwohl Kommunisten in den Betrieben noch lange Zeit ihre Positionen halten konnten. Die Weichen waren gestellt. Nachdem sich die KPD von den Massen vollkommen isoliert hatte, war es der Bourgeoisie ein Leichtes, sieben Jahre später die ehemals revolutionäre Kampfpartei des Proletariats auszuschalten.

Anmerkungen:

(1) Der Kampf um die marxistisch-leninistische Festigung unserer Partei, Referat und Resolution der 13. PV-Tagung der KPD, herausgegeben vom PV der KPD, Frankfurt/M. o.J., S. 2

(2) a. a. O., S. 27

(3) Hans Kluth, Die KPD in der Bundesrepublik, Köln und Opladen 1959, S. 37

(4) 4 Jahre Bundestag, Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, o.J., S. 182

(5) Hans Kluth, a. a. O. S. 38